



Energie-Volksentscheid:

> **Knapp verloren, aber politisch gewonnen.**

Fast 600.000 Menschen haben sich am 3. November beim Energie-Volksentscheid für den Rückkauf des Stromnetzes von Vattenfall durch das Land Berlin und für die Gründung eines eigenständigen kommunalen Stadtwerks ausgesprochen. Mit 83 Prozent war das eine klare Mehrheit derjenigen, die sich am Volksentscheid beteiligten. Zum ganz großen Erfolg hat es leider

dennoch nicht gereicht. Rund 21.000 Ja-Stimmen fehlten, um das Zustimmungsquorum von 25 Prozent der Wahlberechtigten zu erreichen.

Politisch hat der Berliner Energietisch trotzdem gewonnen. Ohne die breite öffentliche Debatte über die Rekommunalisierung der Berliner Energieversorgung hätte die rot-schwarze Koalition bis heute kaum etwas unternommen. Nun liegt immerhin eine Bewerbung des Landes Berlin um die Konzession für den Betrieb des Berliner Stromnetzes vor. Der Druck auf den Senat ist gestiegen, in diesem Verfahren erfolgreich zu sein. Auch beim Stadtwerk ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. So reagierte die Berliner SPD umgehend auf das Ergebnis und forderte von ihrem Koalitionspartner Nachbesserungen. Noch zehn Tage vor dem Volksentscheid hatte sie sich mit einer Miniaturausgabe von einem Stadtwerk zufrieden gegeben.

Es bleibt also spannend. Der Kampf um die Rekommunalisierung der Berliner Energieversorgung ist nach dem Volksentscheid keineswegs beendet. Er

Schwerpunktthema

- > **BVV diskutiert über Straßensheriff-App**
... weiter auf Seite 2
- > **Teddy2Null**
... weiter auf Seite 3
- > **Stolperstein**
... weiter auf Seite 4
- > **Unverträgliche Verdichtung**
... weiter auf Seite 5
- > **Stille Straße kämpft weiter**
... weiter auf Seite 6
- > **Baupläne für Pistoriusplatz**
... weiter auf Seite 7

geht nun vielmehr in die nächste Runde. Auch der Berliner Energietisch kündigte an, seine Arbeit fortzusetzen und beim Stadtwerk sowie beim Rückkauf des Stromnetzes nicht locker zu lassen. Auf die Unterstützung und das Engagement der Berliner LINKEN können sie sich dabei weiterhin verlassen.



Klaus Lederer
Landesvorsitzender
DIE LINKE Berlin

DIE LINKE.

Bezirksverband Pankow

Fennstraße 2, 13347 Berlin
(S Wedding / U Reinickendorfer Str.)

Tel.: 030 440 17 780

Fax: 030 440 17 781

bezirk@die-linke-pankow.de

Linksfraktion in der BVV Pankow

Bezirksamt

Fröbelstr. 17, Haus 7, Raum 109

Tel: 030 42 02 08 73

Fax: 030 42 02 08 74

kontakt@linksfraktion-pankow.de

> **Schulsozialarbeit**

Die Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow hat einstimmig beschlossen, dass der Bezirk nicht auf die bestehende Schul- und Jugendsozialarbeit verzichten kann. Der Landeshaushalt sollte die bestehenden Stellen sichern und das Angebot auf andere Schulen ausweiten.

> **Mühlenkiez**

Das Projekt „Ohne Moos was los“ hat Vorschläge entwickelt, wie die Lebensqualität im Kiez verbessert werden kann. Auf Antrag der Piraten- und der Linksfraktion sollen diese Ideen in den BVV-Ausschüssen geprüft werden.

> **Bibliotheksmedien**

In den Flüchtlingsunterkünften besteht ein großer Bedarf an Büchern und Spielen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene. Medien, die in den Bibliotheken ausgesondert werden, sollen künftig auch diesen Einrichtungen angeboten werden.

> **Verkehrssicherheit**

Der Antrag der Linksfraktion, für die seit langem bekannten Konflikte zwischen Fahrrad- und Busverkehr, wie etwa in der Ostsee- oder der Weinertstraße, gemeinsam mit der BVG Lösungen herbeizuführen, wurde nach der Beratung im Verkehrsausschuss in der BVV beschlossen.

> **Wartezeiten**

Das Bezirksamt soll über absehbar verlängerte Wartezeiten im Bürgeramt informieren. Oft erlebt man eine böse Überraschung, wenn keine Wartenummern mehr ausgegeben werden und der Weg ins Amt umsonst war. Die Verwaltung sollte kurzfristig mitteilen, wenn damit zu rechnen ist.

Einladung BVV-Sitzung

am 11. Dezember 2013

> 19. Tagung der BVV Pankow

17:30 Uhr, wie immer im BVV Saal in der Fröbelstraße 17

BVV-Bericht

> **Protest gegen Streichung von Schulsozialarbeiterstellen und das Straßensheriff-App**

Am 6. November 2013 wurde zum Auftakt der 18. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) mit einem Dringlichkeitsantrag der Wille aller BVV-Fraktionen zum Ausdruck gebracht, nicht auf die dringend notwendige Schul- und Jugendsozialarbeit in den

konnten sich die anderen Parteien nicht zu einer sofortigen Beschlussfassung entschließen und überwiesen unseren Antrag in den Verkehrsausschuss.

Weiterhin wurde unser Antrag zum Projekt „Ohne Moos was los“ diskutiert. Eine große Anzahl von Akteuren, unter



Grundschule am Hohen Feld in Karow

Schulen des Bezirks zu verzichten. Die Elternvertreter der Schule Am Hohen Feld in Karow schilderten eindrücklich, wie verheerend der Wegfall der vom Senat finanzierten Schulsozialarbeiterstellen wäre. Untermauert wurde dies durch die Beantwortung einer mündlichen Anfrage durch die Jugendstadträtin Christine Keil (DIE LINKE).

Die Unterstützung des Stadtrates Kühne (CDU) für das „Straßensheriff-App“ sorgte nicht nur in den Medien für Aufregung. Der verkehrspolitische Sprecher der Linksfraktion, Wolfram Kempe, ging mit dem Stadtrat schwer ins Gericht. In einem Antrag fordern wir die Einstellung der Zusammenarbeit des Stadtrats mit den App-Entwicklern. Von verschiedenen Stellen wird wegen der datenschutzrechtlichen Dimension dieser Spitzel-Anwendung ermittelt. Eine zeitnahe Bearbeitung von Bürgerbeschwerden im Ordnungsamt wird dieses „Petzer-Tool“ auch nicht garantieren. Alle Argumente konnte der Stadtrat in der Debatte nicht entkräften. Leider

anderem Studierende der Technischen Universität, analysierten die Situation im Mühlenkiez und entwickelten einen Maßnahmenkatalog zur Verbesserung der Lebensqualität. Der gemeinsame Antrag von der Piraten- und der Linksfraktion wurde in alle Fachausschüsse überwiesen. Er wird hoffentlich zu einer ernsthaften Beschäftigung mit den Ergebnissen dieses Kiez-Projektes führen.

Neben weiteren Anträgen der Linksfraktion stand folgender Antrag auf der Tagesordnung. Er beinhaltet, dass das Bezirksamt die Besucherinnen und Besucher des Bürgeramtes über verlängerte Wartezeiten informieren soll. Oft sind diese absehbar, etwa weil Volksbegehren ausgezählt werden müssen. Ein öffentlicher Hinweis könnte so manche böse Überraschung verhindern. Der Antrag wurde in den Ausschuss für Bürgerdienste überwiesen.



Katrin Maillefert
Bezirksverordnete

Teddyzweinull

> Neustart am Thälmannpark

Die Anwohner-Initiative Thälmannpark (AI) gibt es jetzt bereits schon fast ein Jahr. Wir haben Feste gefeiert, einen Flohmarkt gestaltet, Putzaktionen, Workshops und Spaziergänge organisiert. Nun ringen wir auf Augenhöhe mit den verantwortlichen Politikern um Bürgerbeteiligung und um das bessere Konzept für den Thälmannpark.

Die vom Bezirksamt beauftragte Firma Stattdbau sollte ein Leitbild und



Thälmannedenkmal

ein Konzept als Voruntersuchung für den Thälmannpark entwickeln. Es ist ein Zwischenbericht entstanden, der bereits im Ausschuss für Stadtentwicklung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow vorgestellt wurde. Das Konzept von Stattdbau sieht vor, den ehemaligen Güterbahnhof entlang der Ringbahn und den Parkplatz in der Nähe der Schwimmhalle in der Lilly-Hennoch-Straße zu bebauen. Hierfür sollen Ersatzparkflächen auf der Greifswalder Straße geschaffen werden. Auch das Gelände des Zementwerks am Anton-Saefkow-Park, d.h. jenseits der Greifswalder Straße, soll einer Wohnbebauung weichen.

Wir haben parallel ein eigenes Konzept Teddyzweinull entwickelt, dass sich in Grundfragen vom Stattdbau-

Konzept unterscheidet. Insbesondere sollen Grünflächen erhalten und keine Luxusbebauung stattfinden.

Unser Konzept ist kein Bestandteil der Voruntersuchung geworden. Der Ausschuss lehnte es ab, es auch nur ins Protokoll zu übernehmen.

Bis Februar soll, als letzter Beitrag von verordneter Bürgerbeteiligung, das Konzept von Stattdbau ausliegen. Bürger/innen können in einer Art von Wunschbriefkasten ihre Ideen hinterlassen. Diese Art von Bürgerbeteiligung lehnen wir ab. Wir wünschen uns eine Einarbeitung des Konzeptes TeddyZweiNull in die Voruntersuchung sowie einen zweiten Workshop als Beginn einer echten Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Ein klärendes Gespräch, wie Bürgerbeteiligung zu gestalten

ist, steht als erstes auf der Agenda. Der Prozess zur Entwicklung des Thälmannparks und der in Rede stehenden Erweiterungsflächen muss behutsam, entschleunigt und unter der Mitwirkung der betroffenen Menschen geführt werden. Dann stehen bei uns für jede Art von konstruktiven Debatten die Türen offen.

Als AI haben wir zum Konzept TeddyZweiNull am 12. November einen zweiten, eigenen Workshop veranstaltet, um Anwohner/innen zu informieren und über die Entwicklung des Thälmann-Areals weiter zu diskutieren.

Raik Weber

Anwohner-Initiative Thälmannpark

<http://www.teddyzweinull.de>

<http://thaelmannpark.wordpress.com>

Neues Wohnheim für Flüchtlinge in Pankow

> Bald geht's los

In die Mühlenstraße 33/34 werden Ende November 2013 die ersten Flüchtlinge einziehen. Das Bezirksamt und der Heimbetreiber, die Prisod GmbH, haben alle Informationen zum Heim zusammengestellt. Es gibt ein Faltblatt und auf der Internetseite des Bezirksamtes wird aktuell informiert. Die Prisod GmbH steht für Sprechstunden bereit. Bitte unter 0157 775 74 689 anmelden.

Die Umbaumaßnahmen aus einem Verwaltungsgebäude in ein Wohnheim sind bald abgeschlossen. Es wird ein Kinderspiel- und Beschäftigungszimmer, Gemeinschaftsküchen auf jeder Etage und später auch einen Spielplatz auf dem Hof geben. Eine Kleiderkammer für die Flüchtlinge wird eingerichtet. Kleiderspenden sind jetzt schon möglich und können zum Beispiel in der Jugendfreizeiteinrichtung in der Mühlenstraße 24 oder im Stadtteilzentrum Pankow in der Schönholzer Straße 10 abgegeben werden. Viele Pankower haben diese Möglichkeit schon genutzt. Danke!

In der Hauptsache werden die zukünftigen Heimbewohner Familien mit Kindern sein. Für sie wird es eine enge Abstimmung zwischen dem Heimpersonal und den Mitarbeiterinnen aus dem Schul-, Jugend- und Gesundheitsamt zur Versorgung geben. Für die Schulkinder werden Willkommensklassen eingerichtet, für unter 6-Jährigen wird es Unterstützung bei der Suche nach einem Kitaplatz geben.

Im Stadtteilzentrum Pankow trifft sich am ersten und dritten Montag im Monat von 18 bis 19 Uhr der Unterstützerkreis, um Ideen zur Hilfe einzusammeln und Aktivitäten zu koordinieren. Jetzt kommt es darauf an, die Flüchtlinge freundlich zu empfangen.

Christine Keil

Bezirksstadträtin

Erinnerung

> Ein ganz normaler Stolperstein

Am 10. November wurde im Pankower Museum in der Prenzlauer Allee 227/228 die Ausstellung „Night Flight to Berlin“ eröffnet. Diese Aufsehen erregende Sonderausstellung zeigt Stationen einer deutsch-englischen Familiengeschichte über drei Generationen. Leo Less führte in der Weißenseer Königschaussee 24 (heute Berliner Allee 73) ein angesehenes Geschäft für Herrengarderobe.

Er war einer der Mitbegründer und über Jahre Vorsitzender des Vereins der Gewerbetreibenden Weißensee, aktives Mitglied der Ortsgruppe des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, im Synagogenverein Weißensee und im Vorstand der Taubstummenanstalt in der Parkstraße. Die Nazis zwangen ihn, sein Geschäft abzugeben (die Profiteure dieser Arierisierung spendeten sogleich an die NSDAP), das Haus zu verkaufen und die Hälfte des Erlöses als Abgabe zu entrichten – zur Regelung der Sachschäden am jüdischen Eigentum durch das Novemberpogrom 1938. Nach seinem Tod 1942



Stolperstein

wurde seiner Frau, Martha Less, ein „Heimplatz“ verkauft. Mit dem zweiten großen Alterstransport wurde sie dann nach Theresienstadt deportiert, sie starb 1944 in Auschwitz. Leo Less' Schwiegersohn, Rabbiner Werner van der Zyl, floh rechtzeitig nach England, wo er das Leo Baeck College aufbaute. Nikki van der Zyl, die noch in Berlin geborene Enkelin von Leo und Martha Less, wurde als Schauspielerin berühmt – sie lieh den Girls in mehreren James-Bond-Filmen ihre Stimme – und lebt heute als Malerin in London.

Am 11. November wurde vor dem Haus der Charlottenburger Straße 141 ein Stolperstein in Gedenken an Martha Less verlegt. Als ich vor einigen Jahren begann, nach ehemaligen jüdischen Bewohnern dieses Hauses zu recherchieren, konnte ich weder hoffen noch ahnen, dass bei der Verlegung des Stolpersteines eine Enkelin anwesend sein würde.



Matthias Zarbock
Bezirksverordneter

Kurz aus dem Kiez

> Schulhof eingeweiht

Am 17. Oktober wurde der zweite Schulhof der Käthe-Kollwitz-Oberschule in Prenzlauer Berg offiziell eingeweiht. Dieser hatte bis 2012 brachgelegen und war seit November letzten Jahres renoviert worden. Neben einem grünen Klassenzimmer wurden Sport- und Aufenthaltsflächen geschaffen.

> Der Bürger ist König

Ab Januar 2014 sollen – zumindest nach dem Willen des Bezirksamts – die Bürgerämter länger öffnen. Konkret wurde eine Erweiterung der Donners-

Kurz aus dem Kiez

tags-Sprechzeit von 11 bis 19 Uhr anberaumt, zunächst allerdings testweise. Damit soll vor allem Berufstätigen der Besuch des Bürgeramts erleichtert werden.

> Sparen an der Sprache

Die Homer-Grundschule in der Pasterstraße beendet voraussichtlich ihr bilinguales Unterrichtsangebot für die griechische Sprache. Die Staatliche Europa-Schule Berlin, deren griechischer Zweig seit 17 Jahren in der Grundschule eingebettet war, verlegt das Angebot nach Steglitz. Ursache für den Umzug sei Platzmangel im

Kurz aus dem Kiez

Gebäude der Grundschule, so die Senatsverwaltung für Bildung. Eine Petition zum Erhalt des Standortes wurde gestartet und hat bereits über 1.700 Unterstützer.

> NPD-Jugend hetzt gegen Flüchtlinge

Am Gebäude Mühlenstraße 33, das bald als Unterkunft für 220 Flüchtlinge dienen soll, wurden Mitte November mehrfach rassistische Sprüche auf Comic-Sprechblasen angebracht. Fotos dieser Aktion wurden von den JN, der Jugendorganisation der NPD, im Internet veröffentlicht.

Unverträgliche Verdichtung

> Bauvorhaben in der Schieritzstraße

Die GEWO BAG beantragte im Mai dieses Jahres einen Vorbescheid für ein Bauvorhaben auf dem Grundstück Schieritzstraße 4-22. Dort befindet sich zur Straße hin eine viergeschossige Häuserzeile aus den 30er Jahren. Entsprechend den damalig neuen Wohnungsbaukonzepten gibt es keine Seitenflügel oder Quergebäude in dieser Wohnanlage, sondern einen breiten grünen Innenhof über die gesamte Gebäudelänge.

20er und 30er Jahre geprägt wird, die sich durch eine Wohnbebauung am Blockrand und große grüne Innenhöfe auszeichnen. Dieses Bauvorhaben der GEWO BAG ist damit nicht genehmigungsfähig, es sei denn, das Bezirksamt Pankow will schon wieder eine Erhaltungssatzung im Investoreninteresse aufheben oder einschränken.

Da städtische Wohnungsbaugesellschaften hinsichtlich eines sozial



Schieritzstrasse

Die GEWO BAG plant die Errichtung eines 3 1/2 geschossigen Neubaus im Hofbereich mit 42 Wohnungen. Durch den geringen Gebäudeabstand würde die Wohnqualität der Anlage völlig zerstört. Eine derartig dichte Bebauung widerspräche den sozialen und ökologischen Zielen eines nachhaltigen Städtebaus. Zur Erschließung und als Feuerwehrgang soll in der Mitte des Bestandsgebäudes eine Wohnung einer neuen Tordurchfahrt weichen.

Das Grundstück gehört aber zum städtebaulichen Erhaltungsgebiet Ostsee-/Grellstraße, das durch Wohnanlagen des Siedlungsbaus der

und ökologisch nachhaltigen Städtebaus eine Vorbildaufgabe haben, sollte das Bezirksamt nicht nur den Antrag versagen, sondern das Gespräch mit den Geschäftsführungen der städtischen Gesellschaften suchen. Es geht darum, grundsätzlich die „städtebauliche Qualität“ ihrer Wohnungsneubauvorhaben zu thematisieren, denn die GESOBAU treibt derzeit in der Gounodstraße 29 ein ganz ähnliches Vorhaben.



Michail Nelken
Bezirksverordneter

TLG Betongold

> Spekulation gefährdet Nahversorgung

Ende 2012 verkaufte der Bund die TLG Immobilien GmbH, die Eigentümerin vieler Gewerbegrundstücke ist, an den Finanzinvestor Lone Star. Dieser nutzt die Goldgräberstimmung auf dem Berliner Immobilienmarkt, um hohe Profite zu realisieren. So ist im September der Verkauf des Grundstücks Fehrbelliner/Templiner Straße am Teutoburger Platz bekannt geworden. Hier steht ein Kaisers-Supermarkt. Der Kaufpreis soll nach Presseberichten 17 Millionen Euro betragen, was einen hohen Verwertungsdruck erzeugt. Es ist fraglich, ob bei der angestrebten massiven Wohnbebauung zukünftig eine Einzelhandels-einrichtung noch Platz findet.

Eine ähnliche Entwicklung ist für weitere TLG-Grundstücke in anderen Prenzlauer Berger Quartieren zu befürchten. Zumal in der Vergangenheit das Bezirksamt Grundstücke mit freistehende Supermärkten als „städtebaulichen Missstand“ ansahen und eine Überbauung mit Wohnhäusern als Planungsziel bezeichnete. Das betrifft ebenso die Grundstücke Pappelallee 45 und Winsstraße 18-20. Auch hier stehen Supermärkte, die für eine Versorgung der vielen Anwohner wichtig sind. Alternative Ansiedlungsflächen bestehen in keinem der drei genannten Quartiere.

Zudem hat Lone Star die Kulturbrauerei und weitere in Pankow gelegene Grundstücke aus dem TLG-Portfolio erworben. Da von den 800 TLG-Gewerbeimmobilien in Ostdeutschland, die Pankower zu denen mit höchstem spekulativen Wertzuwachs gehören, sind kurzfristige Verwertungsabsichten naheliegend. Daher hat die Linksfraktion das Bezirksamt um Prüfung gebeten, welche rechtlichen Mittel gegeben sind, um die entsprechende Nahversorgung in den Quartieren zu sichern und ggf. entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Michail Nelken
Bezirksverordneter

Stille Straße

> Der Kampf ist noch nicht vorbei

Wenn man das Haus in der Stillen Straße 10 geht, wird man nicht nur von herrlichem Kaffeeduft, sondern auch von der selbstbewussten Parole „Wir bleiben alle“ empfangen.

Im Sommer haben hier viele Freunde und Gäste mit den ehemaligen Besetzerinnen den Jahrestag der erfolgreichen Besetzung gefeiert.

Durch eine interessante Ausstellung im Haus konnten die Besucher noch einmal die Erfolgsgeschichte der 100tägigen Besetzung nachvollziehen: die weltweite Solidarität, die vielen Aktivitäten von Unterstützerinnen und Unterstützer, zum Beispiel Kochen mit Klaus Lederer, die Diskussionen mit Bezirkspolitikern und in der Bezirksverordnetenversammlung, die aufmunternden Presseartikel, die Gäste aus nah und fern.

Anfang 2013 konnte dann der von Bezirksstadträtin Christine Keil (DIE LINKE) und dem Landesverband der Volkssolidarität ausgehandelte einjährige Nutzungsvertrag abgeschlossen werden. Um die Begegnungsstätte Stille Straße 10 auch für die Zukunft zu sichern, muss jetzt ein Erbbaurechts-

vertrag her, der auch für einen Sozialverband finanziell zu stemmen ist.

Voraussetzung für den dauerhaften Betrieb des Hauses als Begegnungsstätte ist eine Betriebsgenehmigung durch den Bezirk. Dazu müssen eine Reihe von Auflagen erfüllt werden: ein zweiter Rettungsweg, ein umfassender Brandschutz, eine behindertengerechte Ausstattung. Dies alles hat es, während der Bezirk für das Haus zuständig war, nicht gegeben. Die Auflagen kosten eine Menge Geld und sind weder aus den Spenden noch aus den Mitgliedsbeiträgen der Volkssolidarität zu finanzieren. Insgesamt hatte der Bezirk schon vor Jahren einen Sanierungsbedarf des Hauses von 2,2 Millionen Euro errechnen lassen, aber bis heute keinen Cent dort investiert. Nun wird aber für diese Schrottimmoblie im Erbbaurechtsvertrag ein Kaufpreis von 75.000 Euro verlangt, zusätzlich zum Erbbauzins. Das lehnt die Volkssolidarität ab.



Stille Straße

Die bisherigen Gespräche mit der Bezirksstadträtin Christine Keil sind konstruktiv und abschlussorientiert, aber ein mit ihr ausgehandelter Kompromiss zur Immobilie wurde von Finanzsenator Nussbaum (parteilos, für die SPD) abgelehnt. Nun stehen wir vor einer weiteren Runde.

Wenn Nussbaum sich zukünftig raus hält, werden wir hoffentlich bald zu einem Abschluss kommen. Im Interesse der Menschen, die in der Stillen Straße 10 den Ort gefunden haben, der ihnen soziales Miteinander, interessante Veranstaltungen und kulturelle Abwechslung bietet.



Heidi Knake-Werner
Vorsitzende der Volkssolidarität

Wackelige Mietregelung

> Bundessozialgericht kippt Regelungen für Unterkunfts- und Heizkosten

Im Mai 2012 trat die neue Wohnungsaufwendungsverordnung (WAV) in Kraft. Darin geregelt sind die Richtwerte für die Kosten von Unterkunft und Heizung für Arbeitslosengeld II-Beziehende und Menschen, die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung beziehen (SGB XII). Es wird vorgeschrieben, welche Miete in Berlin maximal als angemessen gilt, wenn man im Hilfebezug ist.

Im August letzten Jahres erklärte das Landessozialgericht, dass die WAV nicht auf Leistungsbeziehende

nach dem SGB XII anwendbar ist. Dies wurde nun vom Bundessozialgericht bestätigt. Die WAV enthält keine Sonderregelungen für Menschen mit besonderen Bedarfen für Unterkunft und Heizung. Sie berücksichtigt nicht die Bedarfe von älteren und behinderten Menschen. Damit erfüllt sie nicht die gesetzlichen Anforderungen. Als Konsequenz dieses Urteils muss nun der individuelle Bedarf für Menschen im SGB XII-Bezug im Einzelfall ermittelt werden. Allerdings ignoriert Sozialsenator Czaja

(CDU) nicht nur die Kritik an der WAV, sondern auch das Gerichtsurteil. Betroffene, deren tatsächliche Miete nicht übernommen wird, sollten sich rechtlich beraten und ihre Ansprüche überprüfen lassen.

Der Senat ist gefordert endlich zu handeln. Die WAV muss überarbeitet und rechtssicher ausgestaltet werden.



Elke Breitenbach
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Abenteuer

> Pistoriusplatz wird bebaut!

Wieder einmal werden die Bezirksverordneten von dubiosen Vorgängen aus der Zeit vor der Bezirksfusion eingeholt. Diesmal trifft es den Altbezirk Weißensee.

Bereits 1997 hatte das damalige Bezirksamt Weißensee die südliche Hälfte des Pistoriusplatzes verkauft. Der damalige Vertrag beinhaltete konkrete Vorgaben für eine mögliche Bebauung: zwei quer stehende Baukörper, dazwischen eine Kaufhalle und darunter eine Tiefgarage. Dieses Vorhaben kam aus derzeit undurchsichtigen Gründen nicht zustande. 2009 lief die Baugenehmigung aus. 2011 wurde der Vertrag geändert und alle Vorgaben für eine Bebauung aufgegeben. Eine Rückabwicklung des Vertrages wurde mit Blick auf die finanzielle Situation von Bezirk und Land nicht verfolgt. 2012 wurde das nun auflagen- und verpflichtungsfreie Grundstück an eine Baugruppe weiterverkauft, die sofort einen Bauvorbescheid für die Errichtung von acht fünfgeschossigen Wohngebäuden, die sich um einen Innenhof gruppieren sollen, beantragte. Von diesen Vorgängen erfuhren die Bezirksverordneten erstmals im August 2013.

Die Linksfraktion in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV), aber auch die Fraktion der SPD erklärten sofort, dass sie sich, wenn denn schon eine Bebauung aus rechtlichen Gründen nicht verhindert werden könne, maximal einen Baukörper am südlichen Ende des Platzes entlang der Charlottenburger Straße vorstellen könnten. Ob aber überhaupt gebaut werden könne, müsste jedoch zunächst rechtssicher geprüft werden. Bis dahin war das Bezirksamt davon überzeugt, dass eine Bebauung zwingend einen Bebauungsplan erfordern würde, den die BVV beschließen muss. Nach der klaren Ansage der beiden Fraktionen änderte sich das jedoch: die Erstellung eines B-Planes wurde aufgegeben, ein Bauvhaben nach "Art und Maß" der umliegenden Bebauung für genehmigungsfähig erklärt. Zur Begründung wurde ziemlich tief in die stadthisto-



Pistoriusplatz, Foto: Kvikk

rische Tasche ge Griffen. Der Platz sei als solcher ja nie gedacht gewesen, sondern der Weißenseer Baudirektor Bühring sei ja nur durch die Weltwirtschaftskrise 1929 an der Verwirklichung seiner Pläne gehindert worden.

Mit dieser Entscheidung ist die BVV faktisch und rechtlich aus dem Vorgang ausgeschaltet. In der Antwort auf eine große Anfrage der SPD in der letzten Tagung der BVV erklärte der zuständige Stadtrat Kirchner (Grüne) außerdem, dass auf einen Ausgleich für die verlorengehenden Parkplätze verzichtet wird. Das sei für den Verkehr in Weißensee weiter kein Problem. Abenteuerlich.



Wolfram Kempe
Bezirksverordneter

★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★

27. November • 19 Uhr Griechenland in der Krise. Aufwand für Neofaschismus?, Helle Panke, Kopenhagener Straße 9

• 19 Uhr Sitzung des Bezirksvorstandes, in der Fennstraße 2

28. November • 18 Uhr Chile – 40 Jahre nach dem Putsch, ver.di-Bundesverwaltung, Paula-Thiede-Ufer 10 in 10179 Berlin

30. November • 13 Uhr Sonne & Wind statt Fracking, Kohle & Atom, Demo am Washingtonplatz am Hauptbahnhof

2. Dezember • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

3. Dezember • 19 Uhr Skandinavien extreme Rechte, Helle Panke, im k-fetisch, Wildenbruchstraße 86 in 12405 Berlin

9. Dezember • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

11. Dezember • 17:30 Uhr 19. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow, Bezirksamt, Fröbelstraße 17, Haus 7, BVV-Saal

16. Dezember • 18 Uhr Basistag der LINKEN Pankow und der Linksfraktion in der BVV im BVV-Saal, Fröbelstraße 17

• 19.30 Uhr Sitzung des Bezirksvorstandes im BVV-Fraktionszimmer

6. Januar • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

20. Januar • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

27. Januar • 18 Uhr Fraktionssitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

29. Januar • 17.30 Uhr 20. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow, Bezirksamt, Fröbelstraße 17, Haus 7, BVV-Saal



Stammtisch

> Weihnachten

Weihnachten. Und der Eiserne Gustav wiederholt, was immer üblich war, Gänsebraten in der Vorweihnachtszeit. Wir zum Stammtisch. Von der Wirtin herzlich begrüßt, bestellte jeder eine Mahlzeit. „Zum Gänsebraten gehört ein guter Wein und, damit wir auf den Geschmack kommen, ein Kräuter.“ Das war Manfreds Bestellung. In demokratischer Einheit stimmten alle zu.

„Sagt doch mal, am 22. September war die Bundestagswahl und nach mehr als 70 Tagen haben wir keine neue Regierung“, fragt Dieter. „Stimmt nicht, wir haben eine Regierung, die alten Minister arbeiten doch weiter. Insofern keine Bange“, so Wolfgang's Widerspruch. Detlef setzte fort: „CSU und CDU haben auch kein Interesse, neue Wege zu be-

schreiten. Erst muss der künftige Koalitionspartner, angeführt von Sigmar Gabriel, den ins Wahlprogramm der SPD formulierten sozialen Forderungen abschwören. Manches ist schon vom Tisch, wie zum Beispiel die Erhöhung der Reichensteuer“, meine Ergänzung. Peter: „Ein Wort von der Noch-Nicht-Kanzlerin genügt, um unter anderem die Maut für PKW vom Tisch zu fegen. Der zuständige Vertreter der CSU bastelt trotzdem an den Durchführungsbestimmungen. Mir graut vor dieser neuen Regierung.“ Dieter: „Bei diesem Tempo des Suchens nach einem Regierungsprogramm können wir noch lange warten. Der Flughafen BER lässt grüßen.“ Wolfgang's Meinung: „Wenn es nicht so traurig wäre, könnte man nur noch lachen. Aber es geht um die Verschärfung der sozialen Lage in Deutschland. Und das trifft jeden.“

Der letzte Kümmel war getrunken, ab zum Mittagsschlaf. **Klaus Flemming**

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow
Fennstraße 2, 13347 Berlin
Fon 44 01 77 80 / Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Katina Schubert

Redaktionsschluß: 14. November 2013
Satz+Druck: Bunter Hund, Berlin
Auflage: 4.000

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 27. Januar 2014.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.

Fotos: Sandra Brunner, Michael van der Meer, Sandra Kaliga, Matthias Zarbock, Hartmut Schmidt

Die **extraDrei** braucht Spenden!

Empfänger: DIE LINKE Berlin

Konto-Nr.: 43 84 81 68 00

BLZ: 100 200 00

Verwendungszweck: 810-505

SUDOKU

Vitamine für's Gehirn

	2	4						
3				6	5	4		8
		5			4	7		
4			6		2			3
2				7	8			5
5			9	1		2		4
	4	2					6	
		1	8				4	
8	6		7	4		5		

	4	2				9		
	1	6		2	5		3	8
			3	1			7	2
		7		8			1	
	8		4	5			2	
		1	6		3		4	9
	2			9		5		3
	3	9	1	4		2	6	

Jedes SUDOKU-Spielfeld besteht aus neun Quadraten, die jeweils in neun Felder eingeteilt sind. Insgesamt also 81 Kästchen, in die die Ziffern von eins bis neun einzutragen sind. In jeder Zeile und in jeder Spalte sowie in jedem Quadrat, einschließlich der vorgegebenen Zahlen, dürfen die Zahlen 1 bis 9 nur einmal vorkommen.